

## Wir wollen gehört werden.

Es ist Zeit, daß man dem freien Volk das freie Wort gibt. Wir brauchen keine erzwungene Einheit im Innern, sondern Lastrast und Entschlossenheit nach außen. (Bravo! rechts.)  
(Aus der Rede des freikonservativen Abgeordneten Berner-Gießen in der Sitzung vom 31. Oktober des deutschen Reichstages.)

Dieses ist die Hauptforderung, die wir an unsere neuen Minister richten: Wir, die Bürger Österreichs, wir wollen nicht länger als mundtote, willenlose Untertanen regiert werden, sondern wir verlangen das Recht der Mitbestimmung an den Geschicken dieses Staates. Wir verlangen, daß man uns höre, ehe man über uns beschließt, und daß wir im Parlament und Presse unsere Meinung sagen dürfen, soweit wir selbst ihre Äußerung mit der Erreichung der Kriegsziele für vereinbar halten, beiläufig nicht so weit, wie in den höher entwickelten westlicheren Staaten, in Deutschland etwa oder England und Frankreich, sondern, da wir bescheiden geworden sind, vorläufig bloß in den Grenzen, die die — russische Autokratie des Zaren den vielen Völkern ihres Reiches eingeräumt hat.

Das ist kein Scherz und es soll bewiesen werden, daß es kein Scherz ist. Es ist jetzt mehrere Monate her, da kam dem „Abend“ der „Russische Bote“ (Ruskiy Vestnik) in die Hand, der in Berlin hergestellt und von der deutschen Kriegsverwaltung für die Insassen der russischen Gefangenenlager herausgegeben wird. In der Hauptsache enthält diese Zeitung Auschnitte aus den Blättern, die da und dort in Rußland erscheinen. Ein solcher Auschnitt hatte das Interesse der Schriftleitung des „Abend“ erregt. Es war ein satirisches Gemälde aus der Feder eines russischen Schriftstellers und schilderte in wirklich wichtiger Weise die Folgen eines Vertrages zwischen einem russischen Verleger und einem Journalisten, der aus bekannten Gründen sich statt der üblichen zehn Kopfen ein Honorar in der Höhe eines Eies für die Druckzeile ausbedungen hatte. Die Darstellung der Folgen dieses Vertrages war ebenso wichtig wie übertrieben und jeder Leser hätte den Eindruck haben müssen, daß da ein sehr begabter Kopf ein satirisches Zerrbild hinc geben wollen. Der Wiener Staatsanwalt wollte aber keinen Spaß verstehen. An Stelle des kleinen Aufsatzes erschien ein weißer Fleck. Man fragt vergeblich, warum? Wir haben den Staatsanwalt damals nicht um die Gründe befragt, schon deshalb nicht, weil er nicht verpflichtet ist, sie bekanntzugeben. Er kann — das ist bis heute Kriegsgeheimnis — unterdrücken, was ihm beliebt. Wir kennen nur seinen (wie wir finden, etwas allgemein gehaltenen) Auftrag, alles zu unterdrücken, „was der Erreichung des Kriegszieles abträglich ist“. (Warte eines heute nicht mehr im Amt befindlichen Ministers anlässlich einer Auseinandersetzung über die Zensur) Wie hat nun der Wiener Pressenstaatsanwalt die Unterdrückung dieser Satire mit diesem Auftrag in Einklang gebracht? Fürchtete er, daß die Wiener Bevölkerung aus der Satire eines russischen Schriftstellers erfahren werde, daß in Wien die Eier selten geworden sind (gestern hat Herr Salten, unbehelligt von der Zensur, in der „Neuen Freien Presse“ das gleiche von Berlin erzählt), oder fürchtete er, daß die russische oder englische Regierung aus einer in Rußland verfaßten oder veröffentlichten Satire schließen könne, daß es in Wien zu wenig Eier gebe? Oder was glaubt der Herr Staatsanwalt sonst? Es ist uns unmöglich, es zu erraten.

Dies die Geschichte eines Spasses, der in Rußland erlaubt und in Wien verboten wurde. Aber es gibt sehr ernste Dinge, über welche die russische Zensur ebenfalls viel vernünftiger denkt als die österreichische. Da wurde gestern gemeldet, daß der letzte russische Kronrat noch keinen Beschluß über die polnische Frage gefaßt habe. Hat jemand schon in einer Wiener Zeitung gelesen, daß Baron Burian sich mit der polnischen Frage beschäftigte? In den Wiener Blättern stand darüber nichts, woraus allein natürlich kaum zu schließen ist, ob es für uns überhaupt eine polnische Frage gibt oder ob sich der Baron Burian vielleicht nicht mit ihr beschäftigt. Oder aber wir lesen in russischen Blättern mehr oder weniger scharfe Kritiken an Regierungshandlungen des russischen Ministerpräsidenten. Das f. l. Telegraphen-Korrespondenzbureau bedient uns (im Gegensatz zu seiner sonstigen Gepflogenheit) sehr freigebig mit solchen tadelnden Auslassungen der russischen Presse, wodurch zu Lebzeiten des Grafen Stürgkh vielleicht der Eindruck hätte erweckt werden sollen, wie wenig Anlaß wir glücklichen Österreicher zur Kritik an unserem Regierungschef hätten. Wenn dies die Absicht war, so ist das Mittel unbedingt schlecht gewählt gewesen, denn jeder, der die Berührung mit der Bevölkerung nicht gänzlich verloren hat, weiß, daß sie gerade das Gegenteil der gewollten Wirkung auslösten. Sie regten zu Vergleichen an und da die Not des Alltags ihren politischen und wirtschaftlichen Verstand geschärft hatte, fragten sie, wie es denn komme, daß gerade die österreichische Presse von den Kriegsdingen des Hinterlandes weniger zu sagen wisse, als die Presse aller anderen kriegsführenden Länder. Sie fanden bald die Antwort: Die Zensur! Die Zeitungen schrieben es und wenn es sich ereignete, daß die mitunter recht harmlosen Bemerkungen irgend jemandes, der der Zeitung einen Aufsatz eingesandt hatte, dem Staatsanwalt verfielen,

dann erzählte er es in allen Kaffeehäusern und man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß sich auch bei der Bevölkerung bitterer Groll gegen die mit schrankenloser Willkür arbeitende Zensur eingefressen hat. Gegen eine Zensur, die unter Stürgkh mit Recht als die Helferin einer Regierung angesehen wurde, der man nur Fehler nachsagen kann.

Dies die politische Seite einer Zensurhandhabung, die ohne Rücksichten und Kenntnis der öffentlichen Stimmung waltet. Nicht weniger ernst ist der sachliche Schaden den sie anrichtet. Gerade in den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten ist die Freiheit der Presse, Vorschläge zu erstatten und zu kritisieren, in einer Weise eingeschränkt, von der sich der Nicht Journalist kaum eine Vorstellung machen kann. Was unseren persönlichen Standpunkt betrifft, so schätzen wir den Wert unserer Arbeit hoch genug, um die Unterdrückung von Vorschlägen, die bei uns zur Veröffentlichung bestimmt werden, klipp und klar als Schädigung des öffentlichen Interesses zu bezeichnen. Wir können uns dabei auf T. Kochen stützen. Die Regelung der Vieh- und Fleischfrage, die in Wien seit zwei Monaten durchgeführt ist, wurde im „Abend“ beinahe genau in der jetzt amtlichen Form seit einem Jahre unermüdlich und unter mühseligem Kampfe mit der Zensur vorgebracht. Wir mußten uns dabei mit wirklichen Sachleuten eines Sinnes und können heute nur feststellen, daß unermesslicher Schaden durch das verspätete Einschreiten der Behörden erwachsen ist. Dasselbe gilt von der Milchfrage, von der Preispolitik für Lebensmittel und urentbehrlichen Bedarfsgegenstände. Wie viele unserer Aufsätze sind unterdrückt worden! Und wie ginge es uns heute noch, wollten wir versuchen, über die Preis- und Verteilungspolitik von Leder, Spiritus, Kohle oder Bekleidung zu sagen, was wirklich zu sagen wäre. Der Staatsanwalt darf diese Dinge überhaupt nicht zensurieren, und das Kriegsüberwachungsamt legt sie zur Begutachtung den „Sachstellen“ vor, d. h. den Zentralen, die Leder, Spiritus usw. bewirtschaften. Diese Herren werden so die Zensoren ihrer Kritiker! Und noch nie haben sich diese Herren so sicher gefühlt wie im Kriege, da Millionen unter der Unsicherheit aller Lebensgrundlagen klagen. Kein Parlament, keine Presse haben sie zu fürchten, und wie es mit ihren Hemmungen sonst bestellt ist, das wissen wir nicht. Wir sehen, daß sie sehr klein sein müssen. So verderbt hat dieses System unsere öffentlichen Sitten, daß sich unter den großen Verdienern vielfach die Anschauung festgesetzt hat, die Zensur sei dazu da, ihre persönlichen Interessen zu schützen. So weit ist dies gediehen, daß ein großer Kaffeehändler, dessen Vorgehen in Wien allgemeinen Unmut hervorruft, anlässlich tadelnder Bemerkungen im „Abend“, nachdem ein Inseratenanbot selbstverständlich nicht angenommen worden war, sich zu der Drohung versteigen konnte, er werde dem „Abend“ durch die Zensur verbieten lassen, seine Geschäftsführung zu kritisieren! Der Mann rühmte sich dabei der persönlichen Freundschaft des Grafen Stürgkh und seiner Beziehungen zum Ministerium des Innern! Wir haben von dieser unsäglichen Frechheit, die nur Kriegsverdienern zu eigen ist, dem Grafen Stürgkh, dem Minister des Innern, dem Justizminister, dem Staatsanwalt Mitteilung gemacht. Denn keine andere Meinung haben wir von der Frechheit dieses Mannes, als daß er glaubte, durch persönliche Fürsprache seine „Beziehungen“ zu einer korrupten Tat, zu einem ungerechten Zensurauftrag zu veranlassen. Wir haben leider nicht gehört, daß eine der „Beziehungen“ den Frechling wegen Amtsehrenbeleidigung hätte o. Klagen lassen. Aus dem Vorfall ist zu ersehen, welche sonderbare Vorstellungen sich in vielen Hirnen während des Krieges eingenistet haben, wie tief der Glaube an die öffentliche Moral bei vielen gesunken ist. Und unsere Zensur: ist sie nicht, ohne es zu wollen, daran mitschuldig?

Es muß anders werden. Wir glauben nicht, daß unter dem Ministerpräsidenten Koerber und dem Justizminister Klein die Zensur so arbeiten werde wie unter Stürgkh und Hohenburger. Wien darf erwarten, daß es in Zensurdingen nicht schlechter behandelt werden wird als die Hauptstadt des verbündeten Deutschland. Herr Dr. Klein hat erst kurz vor seiner Ernennung die Freuden der Wiener Zensur am eigenen Leibe erfahren. Er selbst gehört zu den Konfiszierten. Einige Zeit später war er Minister. Hatte er sich gegen die Erreichung des Kriegszieles vergangen? Sicherlich nicht. So wenig, wie wir alle, deren Aufsätze täglich konfisziert zurückgehalten oder nicht erledigt werden.